

Abg. Bausch gab seiner Verwunderung über diesen Antrag Ausdruck, zumal das Kreisentwicklungskonzept (KEK) derzeit intensiv – auch in den Fraktionen – diskutiert werde. Auch beschäftigten sich mehrere Ausschüsse mit den vielfältigen Themen des Konzepts. Zudem müsse das KEK noch mit den Kommunen kommuniziert werden. Er könne insoweit nicht nachvollziehen, dass sich die SPD-Fraktion nun hier einen Punkt von über 50 Projekten „herauspicke“. Vielmehr gehe er davon aus, dass das KEK in seiner Gesamtheit beraten werde. Seine Fraktion vertrete daher die Ansicht, solche Teilaspekte zurückzustellen, bis das KEK beschlossen sei.

Abg. Hartmann begrüßte, dass dieser Punkt im Kreisentwicklungskonzept festgestellt worden sei. Es handle sich um einen informatorischen Antrag seiner Fraktion, um die Entwicklung in der Vergangenheit und den aktuellen Bedarf einmal darzustellen. Dies sei auch bereits seit Jahren eine Forderung der SPD-Kreistagsfraktion und Bestandteil ihres Wahlprogramms gewesen. Es stelle auch keinen Vorgriff auf eine Gesamtbefassung mit dem KEK dar. Insoweit vermöge er auch keinen Widerspruch zu den Ausführungen des Abg. Bausch zu erkennen.

Abg. H. Becker wies darauf hin, dass die Diskussion vor ca. 3 – 4 Jahren an Fahrt aufgenommen habe durch „empirica“. Dies sei aber nur ein Teilaspekt, die Thematik müsse sehr viel umfassender betrachtet werden. Es handle sich auch um ein sensibles Thema im Umgang mit den Kommunen. So werde es künftig in Bezug auf Ballungsräume, Ballungsrandzonen (Mittelzentren) und das „flache Land“ eine sehr unterschiedliche Entwicklung geben. Dies wirke sich auf jeden Lebensbereich aus und sei durch die Ausweisung bezahlbarer Wohngebiete nicht zu lösen. Es gehe hier auch um Fragen der Infrastruktur und des demographischen Wandels. Er rate dazu, auftretende Fragen in den Prozess einzubringen und im Wege einer Anfrage zu klären, zumal solche Fragen nicht losgelöst von anderen Fragestellungen betrachtet werden können, und sich im Übrigen den Entwurf des Kreisentwicklungskonzeptes sehr genau anzuschauen.

Abg. Hartmann stimmte seinem Vorredner dahingehend zu, dass man sich den Flächenverbrauch und die Versiegelung in den Kommunen insgesamt einmal anschauen müsse sowie die Frage, wie man Wohnraum in Zukunft anders gestalten könne. Auch müssten hier Fragestellungen der Verkehrsinfrastruktur und des demographischen Wandels betrachtet werden. Diese Diskussion wolle man auch nicht unterbinden. Er schlug insoweit vor, den Antrag seiner Fraktion im weiteren Prozedere als Anfrage zur Beantwortung in die Fraktionen zu werfen, ohne diesen Tagesordnungspunkt gesondert im Fachausschuss zu behandeln.

Hierzu bestand Einvernehmen.